

Niederschrift



Gremium: **5. Sitzung des Beirats für Soziales und Seniorenfragen**
Sitzungsdatum: **Donnerstag, den 25.03.2010**
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**
Beginn: 14:03 Uhr Ende: 16:00 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Renate Durner	
Hannes Grönninger	entschuldigt
Peter Högg	
Gabriele Huber	
Gerhard Ringler	
Robert Steppich	entschuldigt
Carolina Trautner	

Sozialkonferenz:

Andreas Claus
Harald Eckart
Herbert Ederer

Sozial erfahrene Personen:

Helmut Bartholomä
Bruno Kratzer
Prof. Dr. Werner Schneider

Beratende Mitglieder:

Manfred Buhl
Herbert Richter
Klaus Riehle

Verwaltung:

Peter Beck
Christine Hagen
Sybille Lichti

Weitere Anwesende:

Jürgen König und Katrin Wimmer, Drogenhilfe Schwaben/KiZ (zu TOP 1)

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Aufgaben und Arbeit des Streetwork-Kontaktladens
Vorlage: 10/0054
2. Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für den Landkreis Augsburg
Pflege und Betreuung;
Pflegetnahe Dienstleistungen
Vorlage: 10/0055
3. Aufgaben der Betreuungsstelle;
Tätigkeitsbericht
Vorlage: 10/0056
4. Stärkung der Ausbildung in der Altenpflege
Vorlage: 10/0057
5. Verschiedenes
6. Wünsche und Anfragen

Mit der den Mitgliedern zusammen mit der Einladung zugegangenen Tagesordnung besteht Einverständnis.

Vor Eintritt in die Beratungen begrüßt **Landrat Sailer** das neue Mitglied des Beirats, Herrn Prof. Dr. Schneider, der sich dem Gremium daraufhin kurz vorstellt.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Aufgaben und Arbeit des Streetwork-Kontaktladens Vorlage: 10/0054

Sachverhalt:

In der Sitzung des Beirats für Soziales und Seniorenfragen vom 15.12.09 wurde der Abschluss einer neuen Kooperationsvereinbarung zwischen der Drogenhilfe Schwaben gGmbH und u. a. dem Landkreis Augsburg beschlossen. Der Beirat für Soziales und Seniorenfragen wünschte eine Berichterstattung zur Arbeit des Streetwork-Kontaktladens durch die Drogenhilfe Schwaben.

Landrat Sailer begrüßt Herrn König und Frau Wimmer vom Streetwork-Kontaktladen.

Frau Hagen erinnert an den Wunsch aus dem Gremium, die Arbeit des Streetwork-Kontaktladens vorzustellen und darzulegen, wofür der Landkreis sein Geld ausgibt. Der Streetwork-Kontaktladen erhalte aufgrund der neuen Vereinbarung eine Festbetragsfinanzierung von 10.000 € jährlich. Der Vertrag sei zeitlich nicht mehr befristet.

Herr König verweist auf die ausgeteilten Unterlagen und informiert zu dem beigefügten Flyer darüber, dass die Drogenhilfe Schwaben kein „e.V.“ mehr sei, sondern seit Anfang des Jahres eine gemeinnützige GmbH. Er gibt dem Beirat anhand dieser Unterlagen einen Überblick über die Arbeitsweise des Streetwork-Kontaktladens und erklärt, es werde ein ressourcenorientierter Ansatz verfolgt.

Der Jahresbericht liegt nach Mitteilung von Herrn König noch nicht in der endgültigen Fassung vor. Zur Jahresauswertung legt Herr König dar, dass im Durchschnitt täglich etwa 10 Personen aus dem Landkreis Augsburg im vergangenen Jahr den Streetwork-Kontaktladen aufgesucht haben. Der Großteil der Besucher komme natürlich aus der Stadt Augsburg.

Teilweise erfolgte aber auch im Landkreis Augsburg Streetwork, wobei hier nicht so viel zu tun sei, da es dort keine offene Szene gebe. Dies bedeute aber nicht, dass es dort keine Drogenprobleme gäbe. Um die in Augsburg vorhandene Szene etwas zu verschärfen, sei der Streetwork-Kontaktladen eingerichtet worden, der in der Zwischenzeit sehr gut angenommen werde. An der Auswertung der Besucherzahlen bis Februar 2010 könne man ersehen, dass diese stark gestiegen seien. Dies habe auch mit dem harten Winter zu tun.

Kreisrat Ringle verweist auf den Bericht von Herrn König, wonach sich die Szene am Oberhauser Bahnhof etabliert habe und möchte wissen, ob dies von Herrn König positiv gesehen werde, wenn sich die Drogenabhängigen an einem bestimmten Platz sammeln, da man sie dort einfacher aufsuchen könne.

Herr König erläutert, die Etablierung der Szene am Oberhauser Bahnhof habe verschiedene Gründe. Ein Hauptgrund sei sicher auch die starke Polizeipräsenz am Königsplatz. Der Oberhauser Bahnhof liege außerdem für Drogenabhängige, die beispielsweise im BKH substituiert werden, also Ersatzdrogen erhalten, auf dem Weg. Die Szene am Oberhauser Bahnhof sei ein großes Ärgernis. Daher gebe es in Zusammenarbeit mit der Förderagentur der Stadt Augsburg entsprechende Aktionen. Die am Oberhauser Bahnhof vorhandene Unruhe sei aber in erster Linie auf Alkohol zurückzuführen. Ein Drogenumschlagplatz sei der Oberhauser Bahnhof nicht. Dies sei nach wie vor der Königsplatz.

Anschließend erkundigt sich **Kreisrätin Trautner** nach der hauptsächlichen Tätigkeit des Kontaktladens und fragt nach, einen wie großen Raum die Beratung der Betroffenen einnehme und ob den Leuten durch diese Arbeit auch längerfristig geholfen werden könne.

Hierzu müsste man laut **Herrn König** zunächst mal abklären, was bei Drogenabhängigen „längerfristig“ bedeute. In solchen Fällen müsse man nämlich ganz langfristig denken. Im Kontaktladen arbeite man daher auf einer niedrigschwellig-akzeptierenden Basis. Die Drogenabhängigen können in jeder Verfassung den Kontaktladen bzw. das Cafe aufsuchen. Nur so könne man an die Leute herankommen. Von da aus werde dann versucht, etwas zu verändern. Es handle sich dabei im weitesten Sinne um Motivationsarbeit. Die Drogenabhängigen können aber auch dann ins Cafe kommen, wenn ihnen der Sinn nicht nach einem Gespräch mit einem Sozialarbeiter stehe. Irgendwann sei der Zeitpunkt gekommen, an dem sich diese dann doch mit einem Problem an jemanden wenden.

Herr König gibt zu verstehen, dass jedoch keine Beratungstätigkeit wie in einer Beratungsstelle geleistet werden könne. Der Streetwork-Kontaktladen habe daher eher einen Clearing-Charakter. Es finden zumeist Kurzzeitberatungen statt, um die Hauptprobleme herauszufinden und die Betroffenen dann an die richtigen Stellen weiter zu vermitteln. Ganz selten gebe es so etwas wie eine Therapievermittlung. Sehr häufig jedoch erfolgen Vermittlungen ins BKH nach Augsburg oder nach Kaufbeuren.

Ergänzend dazu führt **Frau Wimmer** aus, der Streetwork-Kontaktladen sei die letzte Schnittstelle zwischen den Menschen, die eigentlich den Kontakt ins Hilfesystem schon verloren haben. Deshalb versuche man, rauszugehen und die Menschen zu erreichen, die sich aufgegeben haben oder die keinen Sinn mehr darin sehen, noch irgendetwas zu verändern. Natürlich sei es nicht von heute auf morgen möglich, solche Kontakte herzustellen. Dies sei ein langfristiger Prozess, in dem versucht werde, die Leute an die Einrichtung der Drogenhilfe zu binden. Bis die Betroffenen wissen, wie es in ihrem Leben weitergehen soll, werden ihnen entsprechende Projekte angeboten. Hierbei handle es sich um den von Herrn König angesprochenen ressourcenorientierten Prozess. Wenn man dann eine Perspektive entwickelt habe, werden diese Personen zu Kollegen in die Beratungsstelle oder auch zur sofortigen Therapie weiter vermittelt.

Das Cafe diene somit als ein Medium. Viele seien mittellos, hätten nichts mehr zum Essen und könnten dort auch für ihre Kinder Lebensmittel beziehen. Für die Mitarbeiter habe dies den Vorteil, schneller in Kontakt zu kommen.

Kreisrat Högg fragt nach, ob die Personen, die ins Cafe kommen, auch registriert werden. **Herr König** berichtet, der Großteil der Besucher sei den Mitarbeitern bekannt, da das Cafe inzwischen über vier Jahre bestehe. Im vergangenen Jahr habe es außerdem 255 Erstkontakte gegeben. Beim ersten Besuch falle man aber nicht gleich mit der Tür ins Haus. In weiteren Gesprächen werde dann herausgefunden, woher die Besucher kommen. Dann werde eine Statistik erstellt, diese aber anonymisiert. Diese Statistik müsse nicht zuletzt schon wegen der zu erbringenden Leistungsnachweise erstellt werden.

Herr Bartholomä kommt auf die große Ansteckungsgefahr der Drogenabhängigen zu sprechen und möchte wissen, ob von den Mitarbeitern der Drogenhilfe Schwaben auch sterile Spritzen verteilt werden. Dazu teilt **Herr König** mit, dass im Jahr 2009 über 14.000 Spritzen ausgegeben wurden. Es gebe zwar Stimmen, die dies nicht für in Ordnung halten. Die Drogenhilfe Schwaben sehe dies aber als Präventionsmaßnahme, da die Ansteckungsgefahr mit Hepatitis C und HIV ansonsten stark steigen würde. Dadurch habe sich auch die Zahl der aufgefundenen Spritzen reduziert.

Von **Kreisrat Högg** wird weiter nachgefragt, ob nur Kontakt zu drogenabhängigen Personen bestehe oder auch zu denjenigen, die Drogen verkaufen. Falls ja, möchte Kreisrat Högg wissen, ob es Möglichkeiten gebe, diese Personen vom Drogenhandel abzubringen.

Hierzu verweist **Herr König** auf das Zeugnisverweigerungsrecht. Natürlich bekomme man täglich mit, dass illegale Transaktionen laufen. Wenn man diese Personen jedes Mal anzeigen würde oder gegenüber diesen aussagen müsste, dann bräuchte man nichts anderes

mehr arbeiten. Im Kontaktladen gebe es keine Dealerei und keinen Drogenkonsum. Leute, die sich daran nicht halten, erhalten Hausverbot.

Anders sei dies, wenn man beim Streetwork in der Drogenszene unterwegs sei. Hier müsse man ganz oft auch zuschauen. Natürlich könne man dies thematisieren. Die Realität zeige aber, dass man dort ohnehin keine Großdealer finde.

Frau Hagen stellt dar, dass einer der Gründe für die Eröffnung des Kontaktladens die damals hohen Todesraten in Augsburg waren. Frau Hagen erkundigt sich nach der diesbezüglichen Entwicklung.

Von **Herrn König** wird berichtet, dass es im letzten Jahr 16 Drogentote gegeben habe, das Jahr vorher seien es wesentlich mehr gewesen. Die Zahlen seien auf jeden Fall nach unten gegangen, auch wenn 16 Drogentote immer noch sehr viel seien. Den direkten Zusammenhang mit dem Kontaktladen könne man nicht herstellen. Im täglichen Erleben könne aber festgestellt werden, dass durch die Anlaufstelle die Vereinsamung dieser Personen reduziert werde, was ein Hauptproblem bei den Drogentoten sei. Inzwischen gebe es einige Abhandlungen darüber, warum es speziell in Augsburg so viele Drogentote gebe. In letzter Zeit sei beispielsweise wieder sehr viel Heroin mit einer sehr hohen Qualität im Umlauf. Dann sei es einfach zu viel, wenn Menschen, die aus der Therapie oder dem Gefängnis kommen, die gleiche Dosierung nehmen wie früher.

Kreisrätin Huber erkundigt sich nach der personellen Besetzung im Kontaktladen. **Herr König** legt dar, dass vom Landkreis Augsburg, dem Bezirk Schwaben und der Stadt Augsburg 2,6 Stellen mitfinanziert werden. Ein Mitarbeiter sei Vollzeit im Streetwork-Kontaktladen beschäftigt, er selbst sei mit 10 Stunden in der Woche tätig, so Herr König. Insgesamt gebe es 3,8 Stellen, ursprünglich seien einmal 5,0 Stellen geplant gewesen, für die das Geld aber nicht ausgereicht habe. Auch am Wochenende gebe es Angebote und Projekte.

Außerdem spricht Herr König noch das spezielle Problem an, dass immer mehr schwangere Drogenabhängige oder Mütter mit Babys und Kleinkindern in den Streetwork-Kontaktladen kommen. Hierzu informiert **Frau Wimmer** den Beirat über das speziell für diesen Personenkreis erarbeitete Prager Eltern-Kind-Programm „PEKiP“, der von ihr betreut wird. Hierbei handle es sich eigentlich um ein gruppenpädagogisches Angebot für Familienbildung. Für die Klientinnen der Drogenhilfe Schwaben wurde dieses Programm etwas niedrighschwelliger konzipiert. Seit August 2009 werde das Angebot unterbreitet. Damit solle versucht werden, den Kreis zu durchbrechen, dass drogenabhängige Mütter auch drogenabhängige Kinder bekommen.

Landrat Sailer dankt Herrn König und Frau Wimmer für die heutige Vorstellung und wünscht ihnen weiterhin viel Erfolg bei der Arbeit.

TOP 2 Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für den Landkreis Augsburg
Pflege und Betreuung;
Pflegenaher Dienstleistungen
Vorlage: 10/0055

Anlage: Entwurf Pflegenaher Dienstleistungen

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 15.12.2009 beschloss der Beirat für Soziales und Seniorenfragen das Kapitel „Pflege und Betreuung“ in der von der Verwaltung vorgelegten Form zur Aufnahme in das Seniorenpolitische Gesamtkonzept zu empfehlen. Als zentrale Erkenntnis ist darin festgehalten, dass der künftigen Entwicklung des Pflegebedarfs durch den weiteren Ausbau der ambulanten Pflegeleistungen begegnet werden muss. Dies wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn gleichzeitig der erwünschte Verbleib in der eigenen Häuslichkeit durch unterstützende Hilfen und Dienstleistungen Absicherung erfährt. Der hier vorgelegte Planungsteil „Pflegenaher Dienstleistungen“ beschreibt deren Angebotsstruktur und Verbreitung. Er befasst sich aber auch mit den aktuellen Erfahrungen und den zu erwarteten Problemen bei dem erwünschten Ausbau dieser Hilfen.

Herr Riehle erläutert den Entwurf „Pflegenaher Dienstleistungen“ anhand der vorliegenden Unterlagen.

Kreisrätin Trautner ist der Auffassung, dass die Nachbarschaftshilfen tatsächlich noch weit verbreiteter seien, nachdem vieles im kirchlichen Bereich oder in kleinen Gruppen ablaufe, die vielleicht gar nicht so bekannt sind.

Herr Riehle berichtet, er habe z. B. die Besuchsdienste nicht dazu gezählt. Es gebe viele fließende Übergänge vom Besuchsdienst hin zu einer Nachbarschaftshilfe, die soziale Dienstleistung am bedürftigen Menschen ohne Entgelt leiste. Dass es daneben noch eine ganze Reihe – auch informelle – Dienste gebe, werde beschrieben. Neben der familiären Hilfe, die Gott sei Dank noch im Vordergrund stehe und eine verlässliche Größe darstelle, werde gerade im ländlichen Bereich sehr viel von nachbarschaftlichen Hilfen berichtet, die durch unmittelbar umliegende Personen erbracht werden.

Kreisrätin Durner glaubt, dass die Nachfrage nach pflegenahen Dienstleistungen wahrscheinlich viel höher wäre, vielen Pflegebedürftigen jedoch die Mittel dafür fehlen. Zähle man alles zusammen und rechne noch die ambulante Pflege hinzu, dann müsse man sich schon fragen, wie dies auf Dauer gehen soll.

Von **Herrn Riehle** wird diese Vermutung bestätigt. Deshalb müsse nach Möglichkeiten gesucht werden, wie man dies abfedern könne. Von der Seniorenberatung werde ihm aber auch regelmäßig berichtet, dass in vielen Fällen die Mittel vorhanden seien, die Kosten für diese Leistungen aber nicht akzeptiert werden. Diese Generation setze offensichtlich nur ungern Mittel für die eigene Versorgung im Alter ein.

Anschließend merkt **Herr Bartholomä** an, er vermisse z. B. Angebote für Computerkurse etc. Dies werde immer zu einem Horrorgebilde aufgebaut. In Gersthofen habe man jedoch bewiesen, dass solche Kurse machbar seien. So könnten Menschen aus ihrer Einsamkeit herausgebracht werden.

Des Weiteren vertritt Herr Bartholomä die Auffassung, dass die Arbeit der Seniorenbeiräte unbedingt gefördert werden sollte. Mit einfachen Sachen könne oft eine große Wirkung erzielt werden. Als Beispiel nennt Herr Bartholomä die Gratulation zum 70. oder 75. Geburtstag, um die sich bisher niemand kümmert.

Zur Frage, warum die Leute nicht in die Altenheime gehen, erklärt Herr Bartholomä, dass diese noch nicht alt seien, wenn sie selbst noch zum Essen gehen können. Es wäre viel besser, die Wirte dazu zu bringen, eine spezielle Karte für die älteren Menschen herauszubringen.

Herr Bartholomä betont, es gehe nicht so sehr um die großen Geschichten. Hier könne man innerhalb der Gemeinde ohnehin nur sehr wenig machen.

Herr Kratzer möchte die Gelegenheit nutzen, sich beim Landkreis für die Möglichkeit zu bedanken, dass in der Realschule Meitingen seit 10 Jahren Kurse für Senioren zum Thema Computer, Handy etc. durchgeführt werden dürfen. Die Resonanz bei den Menschen ab einem Alter von etwa 60 Jahren sei riesig. Es werde hier also schon etwas getan.

An Herrn Riehle gewandt merkt Herr Kratzer an, es gäbe zum Thema „Pflegetnahe Dienstleistungen“ viel zu sagen. Ihm sei die Bezeichnung „Mahl halten“ besonders aufgefallen. Es gehe dabei nicht so sehr um das Essen bzw. Essengehen an sich, sondern darum, mit jemandem reden zu können, weil die Menschen einsam seien.

Insgesamt werde sicher schon einiges getan. Man müsse dies aber mit vielen Stellen und auch mit der Gemeinde noch besser bündeln.

Herr Bartholomä kommt wieder auf die Computerkurse zurück und berichtet, dass man immer wieder auf Schwierigkeiten mit den Schulen stoße, die sich dagegen sperren, die Räume zur Verfügung zu stellen. Er richtet die Bitte an Landrat Sailer bzw. die Verwaltung, diesbezüglich einmal ein klärendes Wort zu sprechen.

Landrat Sailer sichert zu, dieses Thema in der nächsten Bürgermeisterdienstbesprechung anzusprechen. Ferner verweist er zum Thema Computer auf den Unterpunkt „Information und Bildung“ unter Nr. 3.5 – Förderung Präventive Angebote. Dort könne dieses Thema noch einmal aufgegriffen werden.

Die Mitglieder des Beirats für Soziales und Seniorenfragen fassen daraufhin folgenden

Beschluss:

Der Beirat für Soziales und Seniorenfragen nimmt den von der Verwaltung vorgelegten Entwurf „Pflegetnahe Dienstleistungen“ zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausausschuss die Aufnahme in das Kapitel "Pflege und Betreuung" des Seniorenpolitische Gesamtkonzepts für den Landkreis Augsburg.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

**TOP 3 Aufgaben der Betreuungsstelle;
Tätigkeitsbericht
Vorlage: 10/0056**

Anlage: Betreuungsstelle Jahresbericht 2009

Sachverhalt:

Das Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige – Betreuungsgesetz – ist 1992 in Kraft getreten und hat das frühere Recht der Vormundschaft und der Pflegschaft für Volljährige abgelöst.

Das Betreuungsrecht setzt rechtliche Rahmenbedingungen zur Wahrung der Menschenwürde derjenigen Personen, die in Folge Krankheit oder Behinderung zur Wahrnehmung ihrer Angelegenheiten teilweise oder insgesamt nicht in der Lage sind. Dieses Gesetz stellt die Person des Betroffenen in den Mittelpunkt seiner Regelungen. Vorrangig gestärkt werden soll das Selbstbestimmungsrecht des Betroffenen. So darf ein Betreuer nur dann bestellt werden, wenn der Betroffene nicht bereits rechtsgeschäftlich Vorsorge für den Fall seiner Betreuungsbedürftigkeit getroffen hat. Ist eine Betreuungsbestellung erforderlich, ist unabhängig von seiner Geschäftsfähigkeit auf Vorschläge und Wünsche des Betroffenen Rücksicht zu nehmen.

Die Betreuungsstelle des Landratsamtes Augsburg ist ein Teilbereich des Sachgebietes „Soziales Betreuungswesen und Seniorenfragen“. Über die Aufgaben der Betreuungsstelle und die aktuellen Entwicklungen wird auf der Grundlage des aktuellen Jahresberichtes 2009 berichtet.

<p>Finanzielle Auswirkungen:</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein</p>		<p>Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;"><input type="checkbox"/> im Verw.HH:</td> <td style="width: 50%; border: none;"><input type="checkbox"/> im Verm.HH:</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">HhSt.</td> <td style="border: none;">HhSt.</td> </tr> <tr> <td style="border: none; text-align: right;">€</td> <td style="border: none; text-align: right;">€</td> </tr> </table>		<input type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input type="checkbox"/> im Verm.HH:	HhSt.	HhSt.	€	€
<input type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input type="checkbox"/> im Verm.HH:								
HhSt.	HhSt.								
€	€								
<p>Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):</p> <p style="text-align: right;">€</p>	<p>Jährliche Folgekosten/ Folgekosten:</p> <p style="text-align: right;"><input type="checkbox"/> keine</p> <p style="text-align: right;">€</p>	<p>Gesamtfinanzierung</p> <p>Eigenanteil:</p> <p style="text-align: right;">€</p>	<p>Gesamtfinanzierung</p> <p>Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):</p> <p style="text-align: right;">€</p>						

Bemerkungen:

--

Herr Beck merkt an, das Thema Betreuung werde angesichts der geographischen Entwicklung immer wichtiger. Die Fallzahlen nehmen immer mehr zu. Umso wichtiger sei es deshalb, sich gemäß dem Auftrag des Gesetzgebers frühzeitig Gedanken zu machen und eine Vorsorgevollmacht zu formulieren, um nicht Gefahr zu laufen, dass später eine Betreuung gegen den eigenen Willen angeregt und beschlossen werde. Manchmal seien Dritte der Meinung, die Betreuungsstelle sei eine Stelle, die Personen betreue. Dies sei nicht der Fall. Dies werde Frau Oswald in ihrem Bericht nun verdeutlichen und klarstellen.

Frau Oswald erläutert den Tätigkeitsbericht 2009 der Betreuungsstelle.

Dazu möchte **Kreisrat Buhl** wissen, weshalb Berufsbetreuer benötigt werden, wenn doch genügend ehrenamtliche Betreuer zur Verfügung stehen. Dies ist nach Mitteilung von **Frau Oswald** eben nicht der Fall, auch wenn die Situation im Landkreis Augsburg noch relativ gut sei. Berufsbetreuer und Betreuungsvereine werden deshalb ganz dringend benötigt.

Kreisrat Buhl wendet ein, dass die Berufsbetreuer aber nicht immer so akzeptiert werden. **Frau Oswald** bestätigt, dass man dies immer wieder einmal zu spüren bekomme. In letzter Zeit habe es diesbezüglich aber keine Probleme gegeben, da die Berufsbetreuer umfassend von der Betreuungsstelle geprüft und entsprechende Unterlagen verlangt werden. Alle Berufsbetreuer seien der Betreuungsstelle zudem persönlich bekannt.

Anschließend erkundigt sich **Kreisrat Buhl** nach der Entschädigung für die Betreuer, wozu **Frau Oswald** berichtet, dass ein ehrenamtlicher Fremdbetreuer eine Aufwandsentschädigung von 323 € im Jahr erhalte. Damit sollen die Fahrtkosten, Telefon- und Portogebühren abgedeckt werden. Für die beruflichen Betreuer gebe es eine monatliche Pauschale, die sich u. a. an der Dauer der Betreuung und auch danach richtet, ob der Betroffene über Vermögen verfüge oder mittellos sei, im Heim oder zuhause lebe. Dabei komme es außerdem auf die Ausbildung des Betreuers an. Frau Oswald sichert zu, diese Tabelle der Niederschrift beizufügen.

Von **Kreisrätin Trautner** wird festgestellt, dass zur Gewinnung von neuen ehrenamtlichen Fremdbetreuern sechs Informationsabende abgehalten und Schulungen durchgeführt wurden. Sie möchte wissen, wie Frau Oswald an die Interessenten komme und ob man diese Gewinnung von Fremdbetreuern noch verstärken könnte.

Frau Oswald teilt mit, dies sei ganz unterschiedlich. Manchmal melden sich Interessierte bei der Betreuungsstelle, die z. B. gerade in den vorgezogenen Ruhestand gegangen sind und noch eine sinnvolle Aufgabe übernehmen möchten. Diese werden aufgenommen, so sie geeignet seien und die Aufgabe nach einem Vorgespräch auch noch übernehmen wollen. Für die Schulungen wurde in der Presse Werbung gemacht. Leider gebe es im nördlichen Landkreis relativ wenige Betreuer. Frau Oswald macht darauf aufmerksam, dass sich die Aufgabe in einem gewissen Rahmen bewege und auch nicht die schwierigsten Fälle an ehrenamtliche Fremdbetreuer vergeben werden. Man werde sich weiter in diese Richtung bemühen und darauf hoffen, dass es noch Menschen gebe, die eine solche verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen möchten. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass es hierbei um schwierige Entscheidungen gehe und eine Betreuung bis zu einem Zeitraum von sieben Jahren eingerichtet werde.

Die Mitglieder des Beirats für Soziales und Seniorenfragen nehmen die Erläuterungen von Frau Oswald zur Kenntnis.

TOP 4 Stärkung der Ausbildung in der Altenpflege
Vorlage: 10/0057

Anlagen: Schreiben Bayerischer Landkreistag vom 07.12.2009 mit Anlagen

Sachverhalt:

„Pflegerberufe sind modern, zukunftssicher, anspruchsvoll, interessant und vielseitig!“ Dies war die Aussage von Frau Staatsministerin Haderthauer beim Fachtag „Pflege in Bayern ist bunt“ im Oktober 2009. Fakt ist, dass im Bereich der Altenpflege dringend Fachkräfte benötigt werden und hier schnellstmöglich aufgeholt werden muss.

In den Heimleitertreffen der stationären Pflegeeinrichtungen im Landkreis Augsburg oder auch in den Expertenrunden zum Seniorenpolitischen Gesamtkonzept wurde aus der Praxis immer wieder berichtet, dass es zunehmend schwieriger werde, ausreichende und auch geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Pflege zu finden.

Diese Probleme wurden vom Bayerischen Sozialministerium erkannt und in Arbeitsgruppen Lösungsvorschläge erarbeitet.

Der derzeitige Sachstand ist aus der beigefügten Anlage zu nehmen und wird den Mitgliedern des Beirates zur Kenntnis gegeben.

Finanzielle Auswirkungen: <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr: <input type="checkbox"/> im Verw.HH: <input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. HhSt. <div style="text-align: right;">€ €</div>	
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/Herstellungskosten): <div style="text-align: right;">€</div>	Jährliche Folgekosten/Fogelasten: <input type="checkbox"/> keine <div style="text-align: right;">€</div>	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: <div style="text-align: right;">€</div>	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): <div style="text-align: right;">€</div>

Bemerkungen:

Herr Beck stellt den Sachverhalt dar und verweist auf das beigefügte Schreiben des Bayer. Landkreistages, wonach ein Ausbildungspakt geschlossen und diese wertvolle Arbeit besser honoriert werden soll. Sobald weitergehende Informationen vorliegen, werde im Beirat hierüber wieder berichtet.

Herr Beck erklärt weiter, der Fachkräftemangel sei insbesondere auch bei den Heimleitertreffen ein stetiges Thema, das man beobachten und weiterentwickeln wolle.

TOP 5 Verschiedenes

- keine Vorlagen -

TOP 6 Wünsche und Anfragen

Herr Claus erklärt, die SPD-Fraktion habe anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushalts angemahnt, man möge die Investitionskostenförderung an ambulante Dienste überarbeiten. 2007 wurde beschlossen, diese bis zur Fertigstellung des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes weiterzuführen. Herr Claus berichtet, diese Neukonzeption stoße von Trägerseite aus auf Widerstand. Herr Claus bittet deshalb darum, die Neukonzeption rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen auf den Weg zu bringen und die Träger entsprechend einzubeziehen.

Landrat Sailer berichtet, die Förderbescheide enthalten bereits einen Hinweis, dass sich die Förderung verändern werde und kein Bestandsschutz mehr bestehe. Das Thema solle im Juni im Beirat für Soziales und Seniorenfragen beraten werden, so dass rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen klar sei, wie die künftige Förderstruktur aussehen werde.

Landrat Sailer bedankt sich bei den Anwesenden für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Martin Sailer
Landrat

Ulla Berger
Verw.Angestellte

5. Sitzung des Beirats für Soziales und Seniorenfragen 25.03.2010